

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Sitzung Nr. 1 Ö

am Dienstag, 31. Januar 2017

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Heger, Rudi
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome, Manuel
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Dietz, Peter
Heger, Simone
Kleiber, Werner
Thome, Sebastian
Zorn, Harry
Krumrey, Marcus, WIBERA (TOP 6)
Finkbeiner, Christina, Regierungspräsidium Karlsruhe (TOP 9)
Pfr. Woschek, Manfred (TOP 11)
Freiseis, Ulrike, SMILE e.V.(TOP 11)
Schmitt, Thomas, Pro Wohngenossenschaft eG (TOP 11)
Geibel, Magnus, Pro Wohngenossenschaft eG (TOP 11)

Sitzungsbeginn: 18:07 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 20:20 Uhr bis 20:32 Uhr

Sitzungsende: 22:38 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 19.01.2017 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt Gemeinderätin Andrea Ronellenfitsch
Gemeinderat Theo Vetter

Es fehlen unentschuldigt: keine

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö Bekanntgabe der am 29.11.2016 und 20.12.2016 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse und Offenlage der öffentlichen Sitzungsprotokolle vom 29.11.2016 und 20.12.2016 - 022.3 -	Tagesordnungspunkt: 1
--	------------------------------

Ausführungen und Beschluss:

Die Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 29.11.2016 und 20.12.2016 lagen offen

Bürgermeister Dr. Eger gibt aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 29.11.2016 die Vergabe eines Ausbildungsplatzes zum Bachelor of Arts ab 01.09.2017 bekannt. Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 20.12.2016 informiert er über die Änderung des Vertragsumfangs einer Reinigungskraft aufgrund ihrer Umsetzung in einen anderen Reinigungsbezirk innerhalb der Parkringschule und die Einstellung einer weiteren Reinigungskraft auf den dadurch frei gewordenen Reinigungsbezirk in der Parkringschule und im Bauhof. In der Parkringschule wurde der Stundenumfang der Sekretariatsbesetzung im Zuge der Gemeinschaftsschule erhöht und hierfür der Arbeitsvertrag einer Mitarbeiterin im Wege der Umsetzung angepasst.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö Bestellung von Urkundspersonen	Tagesordnungspunkt: 2 - 022.3 -
---	--

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Frau Gemeinderätin Anneliese Runde** und **Herr Gemeinderat Achim Schell** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	Tagesordnungspunkt: 3 - 022.3 -
---	--

Ausführungen und Beschluss:

Es lagen keine Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung vor.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö Beratung und Beschlussfassung des Gemeindehaushalts 2017 - Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2017 - Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe 2017 - Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot - Abwasserentsorgung St. Leon-Rot - Erholungsanlage St. Leoner See	Tagesordnungspunkt: 4 - 960.41 -
--	---

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger führt in die Beratung ein: „Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, St. Leon-Rot ist die beste Gemeinde im Land und wir haben den besten Haushalt. Sie, liebe Mitglieder des Gemeinderates, entscheiden wieder über einen Haushalt mit vielen Millionen Euro und zahlreichen Projekten für unsere Bürgerinnen und Bürger. Auch in diesem Jahr werden wir unserer Linie treu bleiben und das Bestmögliche für unsere Bürgerinnen und Bürger schaffen. Während sich Bund und Land in unzähligen Förderprogrammen verzetteln und trotz Rekordeinnahmen bei den Steuern unsere Infrastruktur zerbröckelt, haben wir in St. Leon-Rot konzentriert in den Erhalt unserer Substanz investiert. Wir gehen sorgsam mit den uns anvertrauten Steuergeldern zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger um. Schon vor über zehn Jahren haben wir angefangen, unsere Straßen, Wasserleitungen, Abwasserkanäle, Hebewerke, Schulen und Sporthallen zu sanieren. Deshalb haben wir keine Schlaglochpisten wie auf den Landstraßen und Autobahnen, die durch unseren Ort gehen. Wir haben die Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut und bei Neubauten vernünftig und zukunftsweisend investiert. Dieser Linie bleiben wir auch 2017 treu. Wir geben unseren Bürgerinnen und Bürgern ihre Steuergelder in Form von Investitionen und Zuschüssen zurück und haben weiterhin mit Abstand die niedrigsten Steuern und Gebühren. Unser Wasserpreis bleibt trotz einer notwendigen Anpassung meines Wissens nach der niedrigste in ganz Deutschland und das mit einem nagelneuen Wasserwerk. Dadurch spart jeder Bürger in unserer Gemeinde bares Geld. Mit unseren Umlagezahlungen unterstützen wir die Bundesrepublik Deutschland, das Land Baden-Württemberg, den Rhein-Neckar Kreis und andere Gemeinden mit vielen Millionen Euro. Diese Solidarität kostet uns 86 % aller Einnahmen aus der Steuerkraftsumme. Mit den verbliebenen 14 % bestreiten wir unsere Ausgaben für unsere Bürgerinnen und Bürger in St. Leon-Rot. Damit endet unsere Solidarität aber nicht. Wir sind auch solidarisch mit den anderen Ländern Europas und lassen diese Solidarität durch die Null-Zins-Politik der EZB jährlich weitere 4 Millionen Euro kosten. Bei einer Rücklage von fast 100 Millionen Euro könnten wir in normalen Zeiten Zinserträge von 4

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

– 5 Millionen Euro erzielen. Das entspricht dem Bau von zwei mehrgruppigen Kindergärten, jedes Jahr, Jahr für Jahr. Das heißt, je mehr Geld wir auf unserem Rücklagekonto ansammeln, desto größer wird der staatlich verordnete Raubzug an unseren Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen nicht jammern, sondern die Dinge positiv angehen. Unter diesem Vorzeichen gestaltet sich der diesjährige Haushalt. Wir werden wie in den Vorjahren in fast allen Lebensbereichen in Unterhaltungs- und Neubaumaßnahme investieren, um den hohen St. Leon-Rot-Standard zu halten. Das bedeutet für 2017 wie in den Vorjahren viel Arbeit, viele Sitzungen im Gemeinderat und ein großes Vertrauen in eine äußerst motivierte und leistungsbereite Gemeindeverwaltung in St. Leon-Rot. Sicherlich werden wir in einzelnen Bereichen erneut an unsere Grenzen stoßen. Wir werden weiterhin sehr sorgfältig und hart arbeiten. Manche Wünsche können nicht in dem zeitlichen Horizont realisiert werden, wie wir es gerne hätten. Wir bleiben bei unsere Devise: Qualität steht an der ersten Stelle. St. Leon-Rot ist die Nummer eins und wir bleiben die Nummer eins.“

Kämmereileiter Harry Zorn erläutert den Haushaltsplan gemäß der beigefügten Präsentation. Auch der vierte Haushaltsplan nach dem neuen Haushaltsrecht ähnelt den vorangegangenen darin, dass sehr gute Steuereinnahmen zu erwarten sind und die Gemeinde jeweils knapp 20 Mio. € investiert, die zum Teil aus Vorjahren auch weitergeschoben werden. Erträge und Aufwendungen liegen nahe beieinander bei rund 71,5 Mio. € und führen zu einem ordentlichen Gesamtergebnis von 86.000 € und der entsprechenden Zuführung zur Ergebnissrücklage. Letztere ist geplant mit 23.825.944 €. Das Abschmelzen der freien liquiden Mittel muss man im Auge behalten. Bei der Gewerbesteuer wurden in Vorjahren die Planzahlen in der Regel weit überschritten. Im Jahr 2016 wurde die Planzahl minimalst unterschritten. Bei den Erträgen entfallen 90 % auf Steuern und ähnliche Abgaben, darunter 53 Mio. € Gewerbesteuer, 7,4 Mio. € Einkommenssteueranteil, die gegenüber dem Vorjahr um 250.000 € höher veranschlagt ist, 1,8 Mio. € Umsatzsteueranteile mit einem Plus von 350.000 €. In dem Ertragsblock Zuweisungen und Zuwendungen sind 3 Mio. € Landeszuschuss für die Kindertageseinrichtungen enthalten, eine Investitionskostenpauschale vom 786.000 €, und Sachkostenbeiträge für die Schulen. Bei den öffentlichen rechtlichen Entgelten werden Gebühreneinnahmen veranschlagt, bei den privatrechtlichen Entgelten Mieten und Pachten wie z.B. für den Golfplatz. Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen finden sich Rückerstattungen des Landkreises für ÖPNV, der Interkommunale Kostenausgleich für die Kindergärten sowie die Verwaltungskostenerstattungen der Eigenbetriebe an die Gemeinde. Die Zinsen und ähnlichen Erträge sind dieses Jahr noch niedriger veranschlagt aufgrund der geringeren Liquidität und der niedrigen Zinsen. Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen laufen die Konzessionsabgaben aus der Gas- und Stromversorgung sowie die Bußgelder. Auf der Aufwandsseite ist der größte Block die Transferaufwendungen mit Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage und 8,6 Mio. € gehen an die Kindergartenträger. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen schlägt der Straßenentwässerungskostenanteil zu Buche. Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2015 ergeben sich bei den Personalaufwendungen Steigerungen in Höhe von 1 Mio. €. Um 1,2 Mio. € gestiegen sind auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls steigend sind die planmäßigen Abschreibungen für neu erworbene oder bebaute Objekte.

Bürgermeister Dr. Eger erläutert, dass diese Zahlen sich auf das Gesamtergebnis beziehen, die von ihm vorhergenannten Zahlen jedoch auf die Steuerkraft der Gemeinde.

Kämmereileiter Harry Zorn führt weiter aus, dass der Ergebnishaushalt insgesamt leicht positiv abschließt. Im Finanzhaushalt erwirtschaftet der laufende Betrieb einen Überschuss von 4,557 Mio. €, die Abschreibungen sind ergebniswirksam und liegen bei knapp 3,1 Mio. €. Für Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage kann eine Rückstellung von 1,45 Mio. € gebildet werden, da die Steuerkraftsumme von 2015 nicht ganz so hoch war wie für 2017. Bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit finden sich Grundstücksverkaufserlöse, Tilgungen der Eigenbetriebe für von der Gemeinde gewährte Darlehen von 580.000 € und Landeszuschüsse für getätigte Investitionen. Die geplante Investitionstätigkeit beläuft sich auf 20,1 Mio. €, die Liquidität schmilzt auf 13,4 Mio. €. Die wesentlichen Investitionen sind die Erweiterung der Parkringschule, Erwerbe und Umbaumaßnahmen für Asyl- und Obdachlosenunterbringung, Grunderwerbe, Straßenbaumaßnahmen, insbesondere barrierefreie Bushaltestellen und der Knoten Haupt-/Walldorfer Straße, die Kostenbeteiligung an den Autobahnbrücken, die Verlegung der 110-kV-Leitung und eine erste Rate für den Harresanbau und Küchenneuausstattung. Für Maßnahmen der Eigenbetriebe werden 2.310.000 € an Eigenkapitalzuführungen und Darlehen vorgesehen, die Gemeinde selbst benötigt keine Kreditaufnahmen. Es sind 3,2 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen eingeplant. Die Hebesätze bleiben unverändert. Die den Eigenbetrieben gewährte Darlehen werden bei 15,45 Mio. € liegen. Von den wesentlichen Maßnahmen im Finanzplanungszeitraum sind einige 2017 bereits anfinanziert. Bei Umsetzung dieser Maßnahmen wird sich bis Ende 2020 die Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis von 23,8 Mio. € auf 21,9 Mio. € reduzieren und wird zu einem Finanzmittelbedarf von 12,73 Mio. € führen. Die Liquidität wird weiter abschmelzen, so lange die Steuereinnahmen nicht steigen.

Bürgermeister Dr. Eger verweist darauf, dass man bisher immer konservativ geplant hat. Haushaltsausgabereste von über 10 Mio. € bestehen, weil die zugrundeliegenden Projekte ordentlich und sorgfältig abgewickelt

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

werden müssen. Aufgrund der ihm zwischen Vorberatung und heutiger Sitzung zugegangenen Informationen bezüglich der Gewerbesteuer dürfte auch die diesjährige Planung richtig liegen, sofern nicht etwas völlig Unvorhergesehenes passiert. Der günstigste Grundsteuerhebesatz aller baden-württembergischer Gemeinden und die Möglichkeit der Gemeinde, ihre Betriebe mit Eigenkapitalzuführungen und Darlehen zu stützen, führen zu einer hervorragenden Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger im Ort.

Gemeinderat Siegfried Köck bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats um Wortprotokoll: „Herr Bürgermeister Dr. Eger, sehr geehrte Damen und Herren, mit Volldampf voraus - der Ansatz von 21 Mio. € für die Investitionstätigkeiten in unserem Haushaltsplan zeigt, dass die Gemeinde nach wie vor in Richtung Fortentwicklung und Modernisierung steuert, ohne an Geschwindigkeit zu verlieren. Gleichzeitig lassen aber auch die Herausforderungen in diesen stürmischen Zeiten nicht nach: Besondere Schwerpunkte sind in diesem Jahr die stetige Herausforderung der Anschlussunterbringung für Flüchtlinge sowie die steigende Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum für sozial schwächere Bürger in unserer Gemeinde, ein wichtiges Thema meine Damen und Herren. Vor allem der Bereich der Anschlussunterbringung belastet die einzelnen Gemeinden finanziell. St. Leon-Rot hat gute Ansätze entwickelt, und wir haben im Haushalt die notwendigen finanziellen Mittel hinterlegt, um eine Integration Geflüchteter zu ermöglichen. Eine enge Verzahnung und Förderung von Ehrenamt und Hauptamt ist dafür notwendig. Dieser Herausforderung sind wir gewachsen, wengleich es für alle Beteiligten oftmals mehr Marathon als kurzer Sprint ist – Durchhaltevermögen und Kreativität sind auch weiterhin gefragt. Inzwischen leben bereits 103 Flüchtlinge in unserer Gemeinde. Weitere 220 Flüchtlinge werden voraussichtlich erwartet, die wir gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen unterbringen müssen. An dieser Stelle möchten wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und Ehrenamt danken. Besonders ist hierbei die Initiative BIA-Salero zu nennen. Ohne ihre Mithilfe wäre eine Vielzahl von Angeboten nicht möglich gewesen, auch die Mitarbeiter in der Verwaltung leisten unermüdlich wertvolle Arbeit. Diese ehrenamtliche Arbeit ist ein Zeichen für eine gut funktionierende Zivilgesellschaft. Das kann uns alle stolz machen, meine Damen und Herren. Kehrseite der starken Investitionstätigkeit der letzten Jahre sind hohe jährliche Unterhaltungs- und Instandhaltungskosten für den gesamten Gebäudebestand. Darüber müssen sich Gemeinderat und Verwaltung im Klaren sein. Die momentan jährlich anfallenden laufenden Kosten haben bereits jetzt eine Summe - Sie haben gesagt 10 Mio €, ich habe 11 Mio € mitgeschrieben - erreicht, die auch bei weniger guten Steuereinnahmen noch gestemmt werden müssen. Wir erwähnen es immer wieder: Es wird eine der Hauptherausforderungen sein, dieses Niveau auch künftig zu halten. Ich möchte auf die Zahlen nur ganz kurz eingehen. Zunächst wollen wir hier nur unsere Sicht auf die wichtigsten Kernzahlen des Haushalts darlegen. Der Ergebnishaushalt, also die laufenden Ein- und Ausgaben der Gemeinde, schließt im Jahr 2017 mit einem geplanten Plus von nur noch 86.000 € ab. Erträgen von 71,5 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von 71,4 Mio. € gegenüber. Die Gewerbesteuereinnahmen betragen im Planansatz 2017 ca. 53 Mio. €. Die Einkommenssteuer ist eine für unsere Gemeinde zweite wesentliche Einnahmeposition mit einem geplanten Betrag von 7,4 Mio. €. Aber auch hier gibt es eine zweite Seite der wunderschön glänzenden Medaille hoher Geldeinnahmen, nämlich die Transferaufwendungen in einer Gesamthöhe von etwa 56,5 Mio. €, die Details erspare ich mir jetzt. Die letzten Jahre schieben wir einen Riesenberg - die Gründe wurden genannt - an unerledigten Maßnahmen vor uns her. Im Jahre 2015 nach 2016 wurden 11 Mio. € übertragen bzw. geschoben. Von 2016 nach 2017 dürfte dieser Betrag nochmal deutlich ansteigen. Auch die Gründe sind die Ressourcen und die vielen Projekte in unserer Gemeinde. Die Liquidität zum Jahresende 2016 von 92 Mio. € gaukelt insofern im Verhältnis zu den Umlageverpflichtungen, die ich bereits genannt habe, eine Rückstellung von 65 Mio. €, eine scheinbare Rücklage vor. Geht man von Mittelübertragungen von geplanten 15 Mio. € aus und rechnet einen negativen Finanzierungssaldo, hat Herr Zorn ja erläutert, von 13,5 Mio. € aus dem aktuellen Haushaltsjahr 2017 hinzu, so ist die freie verfügbare Liquidität damit rechnerisch aufgebraucht. Die Finanzplanung Fünf-Jahresplan wurde ja dargelegt und dreht mit negativen Ergebnissen und weiteren Mittelabflüssen unter den Betrag der Umlage-Rückstellungen sogar deutlich ins Minus. Bleibt zu hoffen, dass das eintritt, was Herr Dr. Eger auch eben erläutert hat. Nur knapp 4,46 Mio. € Finanzierungsmittel, meine Damen und Herren, für weitere Investitionen stehen zur Verfügung. Per se negativ zu sehen ist dies jedoch nicht, denn wir zeigen mit dieser Vorgehensweise Gestaltungskraft, wir arbeiten die Prioritätenliste ab und investieren in unsere Gemeinde, wir machen diese fit für die Zukunft. Schlimm wird dies nur, wenn wir dem Haushalt noch mehr aufbürden und dessen begrenzte Leistungsfähigkeit nicht anerkennen. Darauf werden wir in Zukunft besonders achten, indem wir bei künftigen Vorhaben die Investitionen möglichst über längere Zeit verteilen und wünschenswerte Projekte gegebenenfalls aufschieben oder sogar von der Liste streichen müssen. In jedem Fall wünschen wir uns Augenmaß bei der Betrachtung neuer Vorhaben und Investitionen. Ja, oft hört man, die Gemeinde habe doch Geld im Überfluss, so einige Menschen beim Vortragen ihrer Anliegen. Hier ist aus unserer Sicht ständiger Aufklärungsbedarf notwendig dahingehend, dass wir auch sehr hohe laufende Kosten und Umlageverpflichtungen haben. Denn in der Kasse bleibt dann nicht viel übrig, Herr Zorn hat es ja erläutert. Sehr stolz sind wir auch, dass wir unsere Eigenbetriebe derzeit mit ca. 15,4 Mio. € an Krediten vom Haushalt ausgestattet haben. Diese inneren Kredite sind somit ein Beitrag, um die Gebührensätze positiv für die Bürger zu beeinflussen. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, die Zinssätze möglichst gering zu halten. Nun komme ich zu unseren Sachthemen, die uns besonders wichtig sind. Das wären die Sanierung unserer Ortsstraßen, die teilweise in sehr schlechtem Zustand sind, die zeitnahe Umgestaltung der

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

jeweiligen Ortsdurchfahrt in beiden Ortsteilen, die Weiterführung der Masterpläne der Friedhofssanierungen und die Weiterentwicklung der Friedhofskonzeptionen. Bei den Umweltzielen für 2017 sollte ein Schwerpunkt in der Energieversorgung unserer neuen Mitte liegen. Besonders begrüßen wir die schrittweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, auch hier sind noch weitere Schritte zu tätigen, viel wurde aber auch schon erledigt. Dadurch können wir eine hohe Energieeinsparung sowie CO₂-Reduzierung erzielen, ein wichtiges Anliegen aus unserer Sicht, die wir auch mit unserem Antrag auf Installation von Ladesäulen für E-Fahrzeuge verfolgt haben. Unsere Gemeinde soll sich nach unserer Meinung auch in diesem Bereich der Elektromobilität als Schrittmacher betätigen. In diesem Zusammenhang kann auch unsere Anregung gesehen werden, Car-Sharing in der Gemeinde zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Ich komme zum Lärmschutz. Lärmschutz ist in unserer lärmbelasteten Gemeinde nicht nur eine Frage der Wohnqualität, sondern auch Gesundheitsschutz – der Lärmschutz auf beiden Seiten der Autobahn ist inzwischen auf den Weg gebracht und kann hoffentlich bald realisiert werden. Diese Maßnahmen können nur mit erheblichen Eigenbeteiligungen der Gemeinde optimal ausgeführt werden. Gleiches gilt für die Erneuerung der Brückenbauwerke über die A 5, wo immerhin 1,5 Mio € für die Gemeinde zu Buche schlagen. Hintergrund ist eine vom Gemeinderat gewünschte Verbreiterung der Brücken, um eine Verbesserung für Radfahrer zu erreichen. Alles Punkte, die wir gerne mittragen. Die allgemeine Diskussion um die Weiterentwicklung des Verkehrskonzepts stagniert inzwischen leider schon längere Zeit: Wir fordern die Gemeindeverwaltung auf, die Arbeit am Runden Tisch zur Verkehrsentwicklung wieder aufzunehmen – Fragen wie Parkraumbewirtschaftung, Fahrradwegekonzeption sind aus unserer Sicht ja drängende Fragen. Große Hoffnung hatten wir in die Schaffung der Stelle des Mobilitätsmanagers gesetzt – bisher sehen wir hier im Verkehrsbereich kaum greifbare Ergebnisse. Eine weitere Stelle für den Gemeindevollzugsdienst werden wir im Moment nicht mittragen, da die Voraussetzungen der aufgezählten verkehrlichen Maßnahmen, die ich eben vorgetragen habe, noch nicht umgesetzt sind. Für die Einrichtung einer modernen Bibliothek oder Gemeindebücherei, die wir eher als Mediathek sehen, mit Außenstellen der Schulbibliotheken sollten die Verwaltung und der Gemeinderat einen sinnvollen Standort festlegen – und aus unserer Sicht bietet sich hier eine Verwirklichung des Vorhabens in der neuen Ortsmitte an. Wir bitten noch um eine Vorlage in diesem Jahr und um eine Entscheidungsfindung der Örtlichkeit. Die Einrichtung eines Waldkindergartens unterstützen wir bei positivem Interesse der Eltern – sofern dieses Interesse durch eine von Verwaltung und potenziellen Trägern durchgeführte Umfrage bestätigt wird, sehen wir diese Idee als weitere Ergänzung unseres guten Kinderbetreuungsangebots an. Die Mensa an der Parkringschule ist fertiggestellt, und ich muss sagen, einfach gelungen. Erfreulicherweise entwickeln sich unsere Schulen aus unserer Sicht sehr positiv. Die andere Seite dieser Medaille sind hohe Kosten für die Ausstattung und Weiterentwicklung der Schulen: Alleine für die Erweiterung der Parkringschule sind ca. 4 Mio. € vorgesehen. Eines der größten Projekte, das die Gemeinde in den kommenden Jahren beschäftigen wird, ist die Gestaltung des von der Familie Kramer erworbenen Areals mit der dort befindlichen Kramer-Mühle. Dieses Vorhaben beschäftigt uns alle sehr intensiv. Wir haben im ersten Workshop viele Ideen von Seiten unserer Fraktion miteingebracht. Wir wollen eine sinnvolle Verwendung des Areals erreichen, doch derzeit stockt die Weiterentwicklung leider wegen des eingeleiteten Bürgerbegehrens, und gerade vor dem Hintergrund der in dieser Sache zu beobachtenden Entwicklungen sehen wir den geplanten Erwerb des ehemaligen Pfarrhauses mit dem Pfarrgarten in St. Leon derzeit als kritisch an. Der Standort und die Bauplanung für das Jugendzentrum sind festgelegt und die Einrichtung mit einer geplanten Investitionssumme von 1,9 Mio € soll im Verlauf des Jahres Gestalt annehmen. In Sachen Gewerbesteuer müssen wir in den kommenden Jahren aktiv gegensteuern und eine „breitere Basis“ für die Gewerbesteuer schaffen, also vorhandenen Betrieben Expansionswünsche ermöglichen und neue Betriebe ansiedeln. Wir müssen weitere Gewerbegebietserweiterungen anstreben. Dafür sollten wir bereits die Konzepte entwickeln, um zu entscheiden, welche Arten von Gewerbe wir künftig wo ansiedeln wollen. In unserer gemeindeeigenen Harres-GmbH ist ebenfalls ständiger Erneuerungsbedarf: Stolze 750 000 € sollen im künftigen Jahr in das Sport- und Kulturzentrum fließen. Damit legen wir die Basis für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unter der Leitung der neuen Geschäftsführung. Weiterhin ist uns die Kontinuität bei der Unterstützung unserer Vereine und sozialen Einrichtungen ein besonderes Anliegen. Gerade auch das Thema der ärztlichen Versorgung haben wir weiterhin im Blick. Es ist uns ein großes Anliegen, dass diese Themen, die unsere Arbeit im Rat in den kommenden Monaten und Jahren bestimmen werden, unter Beteiligung der Bevölkerung weiterentwickelt werden. Ebenso wichtig ist es, die Bürgerschaft über getroffene Entscheidungen in Kenntnis zu setzen, schließlich nimmt der Haushaltsplan immer bereits die ersten Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde vor. Unser Dank gilt unserem Kämmerer Herrn Zorn und Herrn Thome sowie dem ganzen Team der Kämmerei für das verständliche Zahlenwerk. Bedanken möchten wir uns auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die Vorschläge für die Gestaltung des neuen Haushalts eingebracht und mit uns diskutiert haben, ebenso bei den anderen Fraktionen für die konstruktiven Haushaltsvorberatungen. Vielen Danke für Ihre Geduld und die Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Torsten Weis ist der Meinung, dass die Gemeinde mit dem Haushaltsplan 2017 wiederum sehr gut aufgestellt ist. Gegenüber dem Haushaltsplan 2016 fällt die veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes von Saldo 18 Mio. € auf Saldo 3,5 Mio. € fast 5 Mio. € geringer aus. Er sieht die kommunalen Pflichtaufgaben gewährleistet und weist auf zahlreiche bauliche Investitionen wie Lärmschutz an der A 5, Planung des neuen Jugendzentrums sowie Erweiterung der Parkringschule hin. Er begrüßt, dass am St. Leo-

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

ner See Mobil-Homes, Campen mit Hund und weitere attraktive Stellplätze für die Camper im Masterplan an oberster Stelle stehen. Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe finden seine Zustimmung.

Gemeinderat Roman Heger dankt der Verwaltung für das große Zahlenwerk. Auch 2017 sollen wie 2016 die ordentlichen Erträge höher sein als die Ausgaben und insbesondere die hohen Gewerbesteuereinnahmen zu Buche schlagen, aber auch die ordentlichen Ausgaben entsprechend steigen. Er weist darauf hin, dass aufgrund steigender Anforderungen an die Gemeinde auch ein höherer Personalstand und somit mehr Personalkosten anfallen, des Weiteren werden Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen und die Transferaufwendungen wie Zuschüsse, Finanzausgleich, Gewerbeumlage allgemein steigen. Er unterstützt die geplanten Investitionen für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, insbesondere im Bereich Schulen, Unterkünfte, Brückenerneuerung und Ausbau barrierefreier Bushaltestellen sowie die Eigenkapitalzuführung an die Eigenbetriebe bzw. KWG. Ebenso trägt er die Verpflichtungsermächtigungen wie z. B. für Jugendzentrum, Anbau Harres und Kramer-Mühle mit, bittet jedoch ein Auge darauf zu haben, dass die Rücklagen die Umlageverpflichtung übersteigen. Er signalisiert Zustimmung zum Haushalt von Seiten seiner Fraktion.

Gemeinderat Ferdinand Speckert dankt der Verwaltung für die gute Aufbereitung des Haushaltes 2017 und signalisiert Zustimmung. Er verweist auf den beachtlichen Personal- und Immobilienzuwachs und macht deutlich, dass der Ergebnishaushalt zwar erfreulicherweise noch, aber eben nur noch, ein ausgeglichenes Bild gibt.

Im Finanzhaushalt nähern sich die gesamten geschobenen Investitionsmaßnahmen dem Ende, allerdings mit der Konsequenz, dass die Liquiditätseinlagen recht schnell abschmelzen mit der Folge, dass die Gemeinde sich zunehmend auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren gezwungen ist, und dies vor dem Hintergrund von Sonderbelastungen hinsichtlich der Flüchtlinge, wo innerhalb von zwei Jahren Beträge bis zu 10 Mio. € gebunden wurden mit dem entsprechenden Werteverzehr bzw. Unterhaltskosten für die Zukunft. Er erinnert daran, dass der Gemeinderat hier erfreulicherweise immer mit einer Stimme Entscheidungen mitgetragen hat. Er sieht ein Versäumnis, in den letzten 20 Jahren nicht mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert zu haben und stellt Handlungsbedarf in den nächsten Monaten fest, damit in diesem Bereich investiert wird. Die Hauptinvestitionen im Hoch- und Tiefbau trägt er mit, ebenso die Zuführungen und Darlehen an die Eigenbetriebe als vernünftige Finanzierung. Er schätzt, dass die künftigen Jahre von einer etwas schärferen Auseinandersetzung geprägt sein werden, inwieweit die Kommune Investitionen ohne weitere Kreditaufnahmen darstellen will.

Bürgermeister Dr. Eger macht deutlich, dass die positiven Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre mitunter auch darauf basieren, dass viele Projekte nicht so schnell realisiert werden konnten. Kredite nimmt die Gemeinde keine auf, vergibt jedoch an ihre Eigenbetriebe und ist damit unabhängig von externen Kreditunternehmen. Die Stelle des zweiten Gemeindevollzugsdienstes soll noch einer eigenen Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegen. Die Verkehrskonzeption wird weiter betrieben; Verzögerungen durch Bauphasen müssen hingenommen werden vor dem Hintergrund der Risiken für das Trinkwasserleitungsnetz. Ziel ist es die Rücklage höher zu halten als die Umlageverpflichtung. Über das neue Haushaltsrecht ist es gelungen die zukünftigen Belastungen über die Abschreibungen darzustellen. Der politischen Kehrtwende beim sozialen Wohnungsbau, weg vom freien Markt hin zum gemeindlichen Wohnungsbau, möchte er sich nicht verschließen, es jedoch auch nicht dauerhaft durch staatliche Transferleistungen subventionieren, sondern die Einkommen sollen entsprechend auskömmlich dimensioniert sein, damit man sich das Wohnen in der Gemeinde auch leisten kann.

Frau Simone Heger stellt den Wirtschaftsplan 2017 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung vor. Zu den wichtigsten Projekten des Vermögensplans gehört die Erschließung der Gewerbegebietserweiterung „Schiff II“, die Erneuerung der Wasserleitungen in Rahmen der Deckensanierung, die Erschließung Astenweg/Germersweg, Erneuerung des Knotens Wieslocher Straße 5 – 11, eine hydraulische Netzberechnung wegen nachlassenden Wasserdrucks, eine Planungsrate für die Erschließung Rot Süd und für die Sanierung des Hochbehälters Malsch. Die Eigenkapitalzuführung der Gemeinde soll 500.000 € betragen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber erläutert den Wirtschaftsplan 2017 für den Eigenbetrieb Abwasserentsorgung. Die Gebührenerhebung unterliegt durch Ent- und Versiegelungen fortwährender Veränderung. Auf der Aufwandsseite ist eine neue Stelle eingeplant, um rechtzeitig Ersatz für Personal zu gewinnen, das in den Ruhestand geht. Das 20 Jahre alte Betriebsgebäude der Kläranlage bedarf einiger Sanierungen, die Schachtsanierung soll ausgeschrieben werden. Die Erschließung „Schiff II“ sowie die Fertigstellung des Astenwegs, die Erneuerung der maschinellen Überschussschlammwässerung und Umrüstung der Dieselmotoren in den Hebeanlagen stehen ebenfalls an. Für diese Projekte ist eine Eigenkapitalzuführung von der Gemeinde in Höhe von 270.000 € geplant, die Einlagen wirken stabilisierend auf die Gebühren, weil keine weiteren Zinsbelastungen anfallen.

Herr Sebastian Thome stellt den Wirtschaftsplan 2017 für den Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

vor. Die Zahlen basieren auf einem durchschnittlichen Besucherjahr. Ein Verlust von 740.000 € ergibt sich aus dem Hallenbad, die größten Vermögensposten sind die Erneuerungen der DRLG Wachstation, die Sanierung des Sanitärgebäudes 8 in der Nähe von Eingang I, die Erweiterung der Trafostation, eine Ladestation für Elektrofahrzeuge sowie die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Masterplan, wie z.B. eine Planungsrate für die Erschließung von weiteren Mobil-Home-Plätzen. Die Eigenkapitalzuführung seitens der Gemeinde soll 200.000 € betragen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2017 mit Haushaltsplan wird gemäß Anlage 1 erlassen.
2. Die Wirtschaftspläne 2017 der Eigenbetriebe
 - a) Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot
 - b) Abwasserversorgung St. Leon-Rot
 - c) Erholungsanlage St. Leoner Seewerden gemäß den beigefügten Anlagen 2 – 4 beschlossen.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen	- 960.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Annahme der Spende laut nachfolgender Aufstellung und gibt die Verwendung für die genannten Zwecke frei:

Datum	Spender	Betrag	Empfänger	Verwendungszweck
16.12.2016	Dietmar Hopp Stiftung	5.000,00 €	Gemeinde St. Leon-Rot Förderstiftung	Förderung örtlicher Vereine

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Änderung der Wasserversorgungssatzung der Gemeinde St. Leon-Rot hier: a) Gebührenkalkulation b) Änderungssatzung	- 815.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Marcus Krumrey von WIBERA Stuttgart.

Herr Marcus Krumrey erläutert die Kalkulation der Wassergebühren anhand der beigefügten Präsentation.

Gemeinderat Tobias Rehorst möchte wissen, ob angesichts der Kannvorschriften der Paragraphen 13 und 14 KAG noch Stellschrauben bedient werden könnten, z. B. bei der Verzinsungsgrundlage und Eigenkapitalzuführung. Er fragt, ob die Verschiebung der Erhöhung rechtlich möglich ist und für wie lange die Gebühr stabil bleibt im Hinblick auf die Steigerung des Wasserentnahmeentgelts um zehn Cent im Jahre 2019. Er findet es für die Bürger nachvollziehbarer, wenn man für Abwasser und Trinkwasser auch bei getrennter Betriebsführung einen einheitlichen Rhythmus für die Erhöhungen findet. Er verkennt nicht, dass man die Gebührenerhöhung allenfalls aufschieben kann, und signalisiert für seine Fraktion mehrheitlich Zustimmung.

Herr Marcus Krumrey legt dar, dass die Gebührenobergrenze mit 1,03 € bzw. mit kalkulatorischer Verzinsung 1,05 € dargestellt ist. Der Gemeinderat kann eine bewusste Unterdeckung in Kauf nehmen und damit die Wassergebühren subventionieren, die Unterdeckung muss jedoch aus dem Gemeindehaushalt dem Ei-

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

genbetrieb zugeführt werden. Die Gemeinde hat auch die Verpflichtung zum Erhalt des Sondervermögens im Wege der Kapitalzuführung. Die Möglichkeiten für Einsparungen sind sehr begrenzt, da qualifiziertes Personal vor dem Hintergrund der sich stets verschärfenden Vorschriften der Trinkwasserversorgung unabdingbar ist. Tarifsteigerungen, steigende Energiekosten und der Unterhaltungsaufwand eines großen Leitungsnetzes in der Fläche sind kaum vertretbar zu reduzieren. Auch bei den Verwaltungskostenbeiträgen lassen sich keine Kalkulationsdifferenzen von sieben bis acht Cent erzielen. Auch bei einer Umstellung von einer reinen Zählergebühr auf eine Grundgebühr mit den Fixkosten sowie einer Verbrauchsgebühr wird es Gewinner und Verlierer geben. Bei einem Verzicht auf die Erhöhung würden Gemeindeprüfungsanstalt und Kommunalrechtsamt voraussichtlich einen Hinweis geben. Das KAG sieht eine fünfjährige Kalkulation vor. Die Wasserpreiserhöhung durch das Land ist dabei schon berücksichtigt.

Gemeinderat Michael Herling hält die Erhöhung um 14 Cent/m³ für überschaubar und verweist darauf, dass die Gemeinde damit im Vergleich zu den umliegenden Kommunen immer noch am günstigsten ist. Nach seiner Rechnung bedeutet dies eine verkraftbare Erhöhung von etwa 5 € pro Person und Jahr in einem normalen Fünf-Personen-Haushalt. Bei einer Verschiebung droht ein zu großer Gebührensprung in der Zukunft. Die Gebührenanpassung jetzt findet deshalb seine Zustimmung.

Gemeinderat Roman Heger ist es wichtig, dass durch die Einnahmen die Ausgabenseite ausgeglichen wird. Der Wasserpreis konnte seit 2011 über die damals geplanten drei Jahre hinaus auf sechs Jahre stabil gehalten werden. Er signalisiert Zustimmung.

Für **Gemeinderat Erwin-Peter Albert** ist die Gebührenerhöhung zur Kostendeckung unumgänglich und angesichts des niedrigsten Wasserpreises im Rhein-Neckar-Kreis auch akzeptabel.

Für **Gemeinderätin Marina Krenzke** ist die Erhöhung in Ordnung, da man hier immer noch günstigste Gemeinde ist und ein einmaliges Produkt geliefert wird, wo es andernorts Probleme mit dem Grundwasser oder gar Wasserarmut in anderen Gebieten aufgrund des Klimawandels gibt.

Bürgermeister Dr. Eger fasst die Maßnahmen zusammen die bereits ausgeschöpft wurden, um den Wasserpreis niedrig zu halten: eine Gewinnerzielungsabsicht wurde ausgeschlossen, es besteht keine Konzessionsabgabepflicht, es wurde die Echtzinskalkulation angewendet, nicht die kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals, es wird nicht die Unterdeckung der Vorjahre eingepreist und die Gemeinde hat in den vergangenen fünf Jahren 2 Mio. € Eigenkapitalzuführung an den Eigenbetrieb geleistet. Tarifsteigerungen werden an das Personal weitergegeben.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Der Gemeinderat stimmt der vorgelegten Gebührenkalkulation (Anlage 1) zu.**
2. **Die Wassergebühren der Gemeinde St. Leon-Rot werden zum 01.01.2017 auf 1,03 €/m³ festgesetzt.**
3. **Die 6. Änderungssatzung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) der Gemeinde St. Leon-Rot wird gemäß Anlage 2 zum 01.01.2017 erlassen. Die beigefügte Änderungssatzung ist Bestandteil des Beschlusses.**

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

**Jahresunternehmerleistungen 2017
hier: Verlängerung der Rahmenvereinbarung**

- SA JUL 2017 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Rahmenvertrag für die Jahresunternehmerleistungen im Tiefbau mit der Firma LW Bau GmbH aus Eppelheim um ein Jahr bis einschließlich 28.02.2018 zu verlängern.

Gemeinderäte Klaus Grün und Siegfried Köck sind während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum anwesend.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 1. Teiländerung	
- Aufhebung des Feststellungsbeschlusses vom 28.06.2016	
- Ergänzung der Unterlagen	
- Erneute Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und	
erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher	
Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB	
	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger bedauert, dass die Fachbehörden den Verfahrensfehler nicht schon in einem früheren Stadium des Verfahrens festgestellt haben.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Feststellungsbeschluss zur 1. Teiländerung des Flächennutzungsplans St. Leon-Rot 2020 vom 28.06.2016 wird aufgehoben.**
2. **Der Umweltbericht inklusive Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung vom Büro BIOPLAN Stand 18.09.2015 und die spezielle artenschutzrechtliche Untersuchung vom Büro BIOPLAN Stand 07.09.2015, die für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Am Friedhof, östlicher Teil“ aufgestellt wurden, sollen auch für die 1. Teiländerung des Flächennutzungsplanes St. Leon-Rot 2020 als Beigabe gelten. Die Begründung zur 1. Teiländerung wird entsprechend ergänzt.**
3. **Die Verwaltung wird mit dem weiteren Verfahren beauftragt, insbesondere mit der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und mit der erneuten Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB.**

Gemeinderätin Marina Krenzke ist während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Neue Lärmschutzwände an der Autobahn A 5	
hier: Transparente Wandelemente auf den Brücken	
Anregung aus der Mitte des Gemeinderates	
	- 615.15 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Frau Christina Finkbeiner vom Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat Lärmschutz.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage. Im Bereich der Roter Straße und des Kehrgrabens hält er transparente Wandelemente voraussichtlich für unkritisch, weil dort keine Bebauung unmittelbar angrenzt, im Bereich Kronauer Straße hingegen schon.

Frau Christina Finkbeiner erläutert anhand der beigefügten Präsentation die Auswirkungen von transparenten Wandelementen auf den drei A5-Brücken. Der Austausch von hochabsorbierenden Wänden gegen transparente Wandanteile bewirkt, dass Schall mehrfach auf die jeweils gegenüberliegende Wand reflektiert wird, der Reflexionsanteil überlagert den direkten und den gebeugten Lärmanteil, allerdings in einem nicht wahrnehmbaren Bereich. Als Kompromiss könnte man die Kronauer Straße einseitig zur Bebauung transparent und gegenüberliegend hochabsorbierend ausgestalten, sodass der Reflexionsschall ins Gewerbegebiet abstrahlen würde. Im Bereich Kehrgraben könnten beide Seiten transparent ausgeführt werden, weil der Reflexionsanteil nicht mehr in den Wohngebieten ankommen würde.

Gemeinderat Siegfried Köck möchte nähere Aufklärung über die Auswirkung von zwei Dezibel Lärmminde- rung. Je nach Sachlage befürwortet er transparente Wandelemente an der Landesstraße und an der Kronauer Straße, fraglich sind sie jedoch beim Kehrgraben.

Gemeinderat Torsten Weis möchte auf beiden Seiten den größtmöglichen Lärmschutz erzielen und lehnt die Anregung deshalb ab.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Frau Christina Finkbeiner erklärt, dass zwei Dezibel die Erheblichkeits- bzw. Annehmbarkeitsschwelle darstellen. Die Minderung um zwei Dezibel jedoch ist nicht wahrnehmbar, da sich Lärm nicht addiert und nur der lauteste Lärm gehört wird. Zwei Dezibel betreffen nur die direkt gegenüberliegenden Gebäude und stellen eine minimale Minderung dar.

Gemeinderat Achim Schell plädiert für den größtmöglichen Lärmschutz für das zu investierende gemeindliche Geld.

Gemeinderäte Udo Back und **Rouven Dittmann** möchten ebenfalls die maximale Lärminderung erreichen.

Gemeinderat Norbert Knopf ist, nachdem zwei Dezibel kaum wahrnehmbar sind, für den Kompromiss, weil durch die Transparenz mehr Licht auf die Unterführung fällt.

Gemeinderat Torsten Weis möchte wissen, wann Baubeginn für die Maßnahme ist.

Frau Christina Finkbeiner stellt die Maßnahme in den Zusammenhang mit der Sanierung der drei Brücken und der Fahrbahndeckensanierung. Um hier eine gute Qualität in Abhängigkeit von der Witterung zu erreichen, wird man im Frühjahr 2018 beginnen.

Gemeinderat Adolf Geider könnte sich eine transparente Wand an der Landesstraße vorstellen wegen des besseren Lichteinwurfs für die Unterführung und der optischen Wirkung sowie fehlender Bebauung.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die L 546 nicht zur Disposition steht. Das Meinungsbild geht in Richtung hochabsorbierende Ausführung, weswegen er diese zur Abstimmung stellt.

Frau Christina Finkbeiner informiert, dass die L 546 im Ausbaubereich des Autobahnkreuzes Walldorf liegt, und man müsste in dem Bereich eine Abtreppe vorsehen, über deren Ausführung man sich noch Gedanken machen könnte.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgende Beschlüsse zur Abstimmung:

1. An der Kehrgrabenbrücke werden keine transparenten Wandelemente ausgeführt.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 19 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

2. Die Brücke an der Kronauer Straße wird nicht transparent ausgeführt.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 20 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zu.

Bürgermeister Dr. Eger unterbricht die Sitzung um 20.20 Uhr für eine kurze Pause.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 10

**Skateranlage St. Leon-Rot, Ersatzbeschaffung Halfpipe
hier: Ergebnis der Jugendbeteiligung
- weitere Vorgehensweise -**

- 594.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Wernern Kleiber hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Je nach Ausführung der Halfpipe-Anlage handelt es sich um einen Invest von 40.000 bis 65.000 € für Tragkonstruktion und Belag. Aufgrund von Rohrleitungen kann ein Skatepool am jetzigen Standort auf keinen Fall ausgeführt werden.

Gemeinderat Tobias Rehorst verweist auf einen bestehenden Konsens, die Skateranlage beim neuen Jugendzentrum anzusiedeln, und hält eine Investition für die Zwischenzeit angesichts der geringen Beteiligung nicht für erforderlich. Die Anregungen sollen jedoch in die Planung eines Skaterparks am neuen Standort Jugendzentrum Neubau einfließen, wobei er einen Skatepool unterstützt, jedoch einen Vergleich wünscht zwischen Skatepool und Halfpipe bezüglich Anschaffung und Unterhalt. Er bittet um Prüfung, ob die bei der

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Jugendbeteiligung angesprochenen kleineren Dinge wie Beleuchtung, Notrufsäule ohne größeren Aufwand möglich sind.

Gemeinderat Michael Herling plädiert für eine transportable Funbox die jetzt schon in der Übergangszeit genutzt und später an den neuen Standort versetzt werden kann.

Gemeinderat Carsten Kamuf bringt einen Teil der Wünsche wie Feuerstelle, Grillplatz und Graffitiwand in Zusammenhang mit dem Jugendzentrum. Aufgrund der Abgelegenheit der Skateranlage sollte eine Ersatzanlage versetzbar sein an den künftigen Standort oder überhaupt ein anderer Standort, wie z. B. ein ortsnaher Spielplatz, gefunden werden.

Bürgermeister Dr. Eger verweist darauf, dass sich damals eine Mehrheit dafür ausgesprochen hat, dass die Skateranlage beim neuen Jugendzentrum angesiedelt wird und dass diese Planung nun auch weiterverfolgt werden soll.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert sieht die Zukunft der Skateranlage beim neuen Jugendzentrum.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert daran, dass das Projekt schon planreif gediehen war, man daraufhin noch eine Grundsatzdiskussion zur Inklusion und Beteiligung von SMILE führte, das Projekt sich jedoch dann grundlegend verzögerte, weil man sich 2016 auf die Anschlussunterbringung zu konzentrieren hatte. Nun aber soll der Neubau des Jugendzentrums mit Hochdruck weiterverfolgt werden.

Gemeinderätin Marina Krenzke rät zu Geduld bei der Beteiligung von Jugendlichen und Vorsicht, viel Geld auszugeben, wenn das Jugendzentrum bald kommt. Wenn es sich jedoch länger hinzieht, sollte man den Jugendlichen dort etwas anbieten.

Gemeinderat Udo Back unterstützt kleinere Anschaffungen, wie z. B. eine Grillstätte, gerne. Für die Übergangszeit regt er an, die kleine Anlage im nordwestlichen Teil von Rot stärker zu kommunizieren.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, die Anregungen aufzunehmen.

Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Auf eine Ersatzbeschaffung am jetzigen Standort wird verzichtet. Die Anregungen und Wünsche werden soweit wie möglich bei der Planung der Außenanlage des vorgesehenen neuen Jugendzentrums berücksichtigt.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	11
Leostraße 28, Gebäude und Grundstück		- 372.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiterin Anette Reich hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage bezüglich der Ausgangslage, des Flächentauschs und der Nutzungsüberlegungen für das Gebäude – Großtagespflegestelle bzw. Sozialstation – und für das Grundstück für ein Wohnprojekt von SMILE e.V.

Bürgermeister Dr. Eger dankt der Pfälzischen Kirchenschaffnei für ihr Entgegenkommen, für den Grundstückstausch großzügige Konditionen in Bezug auf den Wertausgleich anzubieten.

Pfarrer Manfred Woschek erklärt, dass eine Sanierung der seit neun Jahren leer stehenden Räumlichkeiten des Pfarrhauses St. Leon und sein Umbau für die Bedürfnisse Pfarrbüro sowie kleine und große Gruppen für die Kirchengemeinde nicht zu den Kosten realisierbar ist, die sie tragen kann, und dass sie sich deswegen von dem Gebäude trennen und einen kleineren Neubau auf ihrem Kirchengrundstück erstellen möchte. Die Kirchenschaffnei ist Eigentümerin des Grundstückes und möchte dieses wirtschaftlich verwerten, worauf die Kirchengemeinde keinen Einfluss hat. Ihre bisherige Nutzung des Grundstückes beschränkt sich auf vier bis fünf Veranstaltungen im Jahr, und ein soziales Bauprojekt würde die Akzeptanz für eine Grundstücksverwertung fördern im Unterschied zu einer kleinteiligen Nutzung mit z. B. Reihenhausbauung. Die Sozialstation hat in Rot bereits das Dachgeschoss im Pfarrhaus für weitere Büroräume angemietet und es herrscht Mangel an Stellplätzen für die Dienstfahrzeuge sowie Mitarbeiterfahrzeuge im dienstlichen Einsatz. Diese Möglichkeit ist nur zeitlich befristet, da die Wohnung eigentlich für eine Pfarrhaushälterin vorzuzulassen ist, jedoch momentan für diesen Zweck lediglich nicht benötigt wird. Der Vorteil für die Sozialstation läge darin, in allen drei Ortschaften – Walldorf, Rot und St. Leon – vertreten zu sein. Er bittet um Unterstützung für ein sozialakzeptiertes Projekt, das den weiteren Zugang zum Gelände ermöglicht und den äußerlichen Erhalt des Pfarrhauses ga-

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

rantiert. Die Erzdiözese Freiburg würde sich Grunddienstbarkeiten bezüglich des Ausschlusses bestimmter Nutzungen wie Spielhallen etc. sowie die Duldung der örtlichen Gegebenheiten wie z. B. Kirchengeläut vorbehalten.

Frau Ulrike Freiseis von SMILE e.V. legt dar, dass viele Mitglieder des Vereins nunmehr im jungen Erwachsenenalter in der Gemeinde leben, hier wertvolle soziale Kontakte aufgebaut haben und hier wohnen bleiben möchten. Sie sollen in einer gemeinschaftlichen, generationenübergreifenden Vielfaltsgemeinschaft ohne Barrieren wohnen und leben können. Ein Miteinander von Familien mit Kindern, ohne Kinder, Senioren, Alleinstehenden und Menschen mit Handicap soll dem Inklusionsgedanken Rechnung tragen und ein tragfähiges

soziales Netzwerk in Form einer lebendigen Nachbarschaft schaffen. Ziel ist es, selbstbestimmt leben und sich entsprechend seiner Möglichkeiten in die Gemeinschaft einbringen zu können. Die notwendigen Dienstleistungen und Hilfen erbringt der Verein Habito e.V. Heidelberg in Form von Mobilität, Begleitung und Beratung. Sie verweist auf das von Habito e.V. betreute Mehrgenerationenhaus in Heidelberg. Zur Realisierung des Bauprojektes haben zehn SMILE-Familien mit der PRO Wohngenossenschaft eine Interessengemeinschaft gegründet. Die Interessengemeinschaft benötigt die Option für ein bebaubares Grundstück.

Herr Thomas Schmitt stellt anhand der beigelegten Präsentation die PRO Wohngenossenschaft eG und ihr Konzept der gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Wohnprojekte vor. Es handelt sich um Wohneinheiten zum Eigentum und zur Miete und um Gemeinschaftsräume, wie z.B. Erwachsenen-, Kinder- und Jugendraum, Werkstatt, Kreativraum, Gemeinschaftswaschküche, Fahrradraum und Tiefgarage sowie Gemeinschaftsgarten. Die PRO Wohngenossenschaft schafft Wohnraum für Eigentümer, aber auch für Mieter, die von Anfang an in die Projektentwicklung einbezogen sind. Aus der Interessengemeinschaft wird eine Planungsgemeinschaft, die die Aufgabe hat, das Grundstück zu sichern. Mit dem Erwerb des Grundstücks und der Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen entsteht die Baugemeinschaft. Diese Wohnprojekte sind oft auch ein Leuchtturm in der Nachbarschaft, weil sie großzügige Gemeinschaftseinrichtungen haben, wie z. B. Begegnungs-, Sport- oder Kreativräume, die auf die Umgebung ausstrahlen. In der Haugemeinschaft unterstützt man sich wechselseitig. Die Genossenschaft verpflichtet sich, selbst Wohneigentum zur Vermietung bereitzustellen an Mieter, die von der Hausgemeinschaft ausgesucht werden. Die Mieter haben ein Vorkaufsrecht, da sie sich mit einem Genossenschaftsanteil beteiligen müssen. Man würde das Projekt sehr gerne an dem jetzt vorgeschlagenen Standort rund um das alte Pfarrhaus realisieren, man wird sich aber auch mit Grundstücken auseinandersetzen, die die Gemeinde an anderer Stelle zur Verfügung stellen würde.

Gemeinderätin Anneliese Runde hätte sich im Hinblick auf die genannten Zahlen eine nichtöffentliche Vorberatung gewünscht. In der Vergangenheit gab es bereits gute Gründe für die Gemeinde, das kirchliche Josefshaus für Zwecke der Kinderbetreuung zu erwerben, und für die Kirchengemeinde, das ehemalige Rathaus in Rot als Pfarrheim zu kaufen. Der Preis für Pfarrhaus und Grundstück erscheint marktkonform und wäre kein Erwerbshindernis, allerdings sieht sie keinen Grund für einen Kauf zum jetzigen Zeitpunkt. Die Sozialstation hat bereits im Pfarrhaus Rot zusätzliche Räume angemietet, die Parkplatzsituation im Bereich Leostraße ist ungünstig. Sie verweist darauf, dass die Unterbringung der Sozialstation auch als Idee für die Kramer-Mühle in das kommunale Managementverfahren eingebracht wurde. Über den Vorschlag, Praxen in dem Gebäude unterzubringen, ist sie verwundert, weil dies dem geplanten Ärztehaus Konkurrenz machen würde. Sie stellt die Frage, ob das vorgeschlagene Kinderbetreuungsangebot von den örtlichen Tagesmüttern gewünscht wird und ob hierfür ein Bedarf besteht, nachdem auch die Option einer Zusammenarbeit mit Family & Kids at Work besteht. Der Investitionsbedarf für Sanierung und Umbau ist noch unbekannt, daher kann sie dem Erwerb heute nicht zustimmen. Dem großartigen Wohnprojekt von SMILE steht ihre Fraktion positiv gegenüber, doch sind die Bebaubarkeit des Grundstücks und die konkreten Auflagen des Denkmalamtes noch nicht geklärt. Aus der Erfahrung mit einem laufenden Projekt kann ihrer Meinung nicht unbeachtet bleiben, dass Stimmen aus der Bürgerschaft sich für die Freihaltung des Pfarrgartens aussprechen. Sie möchte keine Bedingungen eingehen, von denen die Gemeinde keinen Nutzen hat, und keine Grundsteuer zahlen für ein Grundstück, das die Gemeinde nie selbst nutzen möchte. Sie plädiert dafür, dass die Kirchengemeinde das Grundstück direkt an den Bauträger veräußert. Sollte sich herausstellen, dass das Grundstück nicht geeignet ist, bittet sie die Verwaltung um Unterstützung von SMILE auf der Suche nach einem geeigneten Standort.

Bürgermeister Dr. Eger erläutert, dass es sich bei der Kinderbetreuung um eine perspektivische Ausweitung und Flexibilisierung des Angebotes handelt. Die physiotherapeutische Praxis war eine Anregung der Kirchengemeinde, aus seiner Sicht ist jedoch klar, dass man dem Ärztehaus hier keine Konkurrenz machen möchte. Zu den beiden Handlungsalternativen Erwerb durch Gemeinde und Begleitung des Wohnprojekts als neue Grundstückseigentümerin einerseits und andererseits Direktveräußerung der Kirche an SMILE ohne den Umweg über die politische Gemeinde bittet er Herrn Pfarrer Woschek um Stellungnahme.

Pfarrer Manfred Woschek räumt ein, dass auch eine direkte Verhandlung denkbar ist. Er stellt klar, dass der Pfarrgarten als solcher auf keinen Fall erhalten bleiben wird, weil das Grundstück zur Verwertung freigegeben

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

wurde. Allerdings hätte es die Gemeinde selbst in der Hand, in welcher Weise es verwertet wird. Die Unterbringung der Sozialstation im Pfarrhaus in Rot ist keine Dauerlösung, sondern nur eine Übergangslösung, bis die Sozialstation andere Flächen gefunden hat. Er kann auch nicht garantieren, dass das Pfarrhaus in Rot immer in Kirchenbesitz bleiben wird, weil der Druck seitens der Kirchenleitung in Bezug auf kirchliche Gebäude sehr rigoros ist und die Kirchengemeinde mittel- und langfristig keinen Einfluss auf die Dauer des Mietvertrags mit der Sozialstation hat. Er verweist auf die Hinwirkungsmöglichkeit der Gemeinde und die Vorteilhaftigkeit, momentan in Grundstücke zu investieren.

Gemeinderat Michael Herling unterstützt die Zuführung des denkmalgeschützten Pfarrhauses einer neuen Nutzungsüberlegung, um es zu erhalten. Er sieht den dringenden Raumbedarf der Sozialstation und den Bedarf für die Kleinkindbetreuung. Die Entlastung der Parkplatzsituation in Rot ist vorteilhaft und er begrüßt, es mit diesem Wohnprojekt zu lösen. Da das Pfarrhaus in einem guten Zustand ist und der Erwerb von innerörtlichen Grundstücken stets für notwendig erachtet wurde, ist der Kauf kein Fehler. Der Vorschlag einer Praxis kam von kirchlicher Seite und ist kein Verwaltungsvorschlag, er sollte im Hinblick auf das Ärztehaus auch nicht unterstützt werden. Das generationenübergreifende Inklusionsprojekt ist sehr interessant und könnte mit Unterstützung seitens des Ortsbaumeisters in denkmalpflegerischer Hinsicht gelingen. Er möchte Näheres zu den Stellplätzen für die Bediensteten der Sozialstation und für die Bewohner des Wohnprojektes wissen. Ein Tauschgrundstück kann es nur geben, wenn die Gemeinde als Käufer eintritt. Er plädiert für den Erwerb des Grundstücks als Filetstück, damit die Gemeinde Herr des Verfahrens ist.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Kirchengemeinde daran interessiert ist, ihren Grundstücksbestand zu erhalten.

Ortsbaumeister Peter Dietz erläutert, dass das Gebäude und die Mauer unter Denkmalschutz stehen, wobei das Pfarrhaus in seiner Solitärwirkung erhalten bleiben soll. Die vorgestellte U-förmige Bebauung war Ergebnis der Vorgespräche mit dem Kreisbauamt. Der Pfarrgarten soll als Fläche noch wahrnehmbar bleiben, die Umgebungsmauer soll abgelöst sein. Die ursprüngliche etwas massivere Bebauung wurde im Vorschlag abgeschwächt, sie muss sich in das Konglomerat von Wohnhäusern und Scheunen ohne genaue Linienführung einfügen. Es soll eine leichte lockere Bebauung mit Laubengängen werden, die barrierefrei angefahren werden können. Der nächste Schritt ist die Abklärung der rechtlichen Situation im Wege einer Bauvoranfrage, um auch die Stellungnahme der Denkmalpflege aus dem Regierungspräsidium einzuholen. Die Bodendenkmalpflege hat ihre Untersuchung bereits abgeschlossen, jedoch nichts gefunden.

Bürgermeister Dr. Eger wirbt um Verständnis, das dem Gemeinderat die Entscheidung nicht leicht fallen dürfte, weil in einem ähnlichen gelagerten Grunderwerbsfall zwischenzeitlich ein Bürgerbegehren auf Nichtbebauung des freien Grundstücks angestrengt wurde.

Gemeinderat Achim Schell bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge. Er stimmt dem kompletten Erwerb im historischen Teil von St. Leon zu und unterstützt die Schaffung von Stellplätzen für die Sozialstation und das Konzept der Kinderbetreuung; die Gemeinde bleibt Herr des Verfahrens. Das SMILE-Projekt befürwortet er uneingeschränkt, jedoch nicht an diesem Standort in enger Wohnbebauung mit vielen kleinen Gassen. Er befürwortet den Erwerb, um Parkplätze zu schaffen, das Grundstück freizuhalten von Bebauung und die Parkplätze zu vermieten. Für SMILE soll ein geeignetes Gelände gegebenenfalls im Rahmen der Erschließung geeigneter Grundstücke aus dem Flächennutzungsplan gefunden werden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert unterstützt Gemeinderätin Rundes Ausführung und kann heute Abend keine Zustimmung erteilen. Ihm fehlt die schriftliche Willenserklärung seitens des Vorstandes bzw. Geschäftsführers der kirchlichen Sozialstation zu einer Standortsentscheidung für St. Leon. Er verweist auf die Geschäftsinteressen der Sozialstation in Walldorf und der Expansionsmöglichkeit auf dortigem eigenen Gelände in verkehrsgünstiger Anbindung, wohingegen die Verkehrssituation am vorgeschlagenen Standort sehr problematisch erscheint.

Pfarrer Manfred Woschek stellt klar, dass er als gesetzlicher Vertreter der Sozialstation fungiert, indem er gleichzeitig Vorsitzender der Vincentiusvereine St. Leon und Rot sowie gesetzlicher Vertreter der Römisch-Katholischen Kirchengemeinde ist. Die Gespräche mit dem Vorstand haben stattgefunden, auch im Beisein des Bürgermeisters. Wichtig erschien der Kirchengemeinde auch der Aspekt der altersgerechten Wohnungen wegen der Nähe des Grundstücks zum Dorfkern mit Geschäften in der Mitte der Gemeinde.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert daran, dass auch bereits bei dem Projekt der Diakonie die Frage gestellt wurde, wie Menschen mit Einschränkungen in der Gemeinde leben können, wenn sie Gemeinschaft und Betreuung brauchen und die Eltern mit zunehmendem Alter Probleme haben werden, die Betreuungsleistung zukünftig zu erbringen.

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017

Gemeinderat Rouven Dittmann begrüßt das Projekt von SMILE, sieht jedoch die Begrenztheit des Standorts für eine Anzahl für 15 Wohneinheiten. Er schlägt vor, alternative Standorte zu prüfen, z. B. die Mühlenwiese oder neben dem Hallenbad, wo sich auch noch Erweiterungsmöglichkeiten ergeben. Hinsichtlich des Denkmalschutzes befürchtet er ein Fass ohne Boden; das vorgeschlagene Nutzungskonzept kann er nicht mittragen. Die liquiden Mittel der Gemeinde sind nicht unbegrenzt, und er kann auch vor dem Hintergrund der gerade gewünschten Nicht-Nutzung eines anderen Grundstückes der Vorlage nicht zustimmen.

Bürgermeister Dr. Eger räumt ein, dass das Grundstück nicht überfrachtet werden darf und auch eine Tiefgaragenlösung sehr großzügig ausfallen muss. Die Größe des Projektes wäre in der Folge noch zu klären. Allerdings braucht man die grundsätzliche Aussage zur Bebaubarkeit, damit die Rahmenbedingungen klar sind, unter denen das Grundstück gekauft wird. Ihm ist die Verlässlichkeit wichtig im Hinblick darauf, ob das Grundstück wegen der Bebauung gekauft werden soll oder nicht. Andererseits muss der Gemeinderat auch respektieren, wenn der Mehrheitswille der Bevölkerung von seiner getroffenen Entscheidung abweicht, und dafür offen sein und sie entsprechend überdenken.

Gemeinderat Norbert Knopf befürwortet den Erwerb aufgrund der Synergieeffekte des Gesamtkonzepts. Es handelt sich um ein zentral gelegenes Grundstück, ein denkmalgeschütztes Haus und eine Mauer können erhalten werden, ein neues Betreuungsmodell für Kleinkinder entsteht, die Sozialstation kommt mit Pflegekräften vor Ort mit kurzen Wegen, die Kirchengemeinde erfährt Sicherheit durch die Gemeinde in ihrer schwierigen Ausgangslage, die gemeindliche Rücklage von 20 Millionen € lässt eine solche Ausgabe zu. Allerdings ist für ihn klar, dass das ganze Gelände eine Tiefgarage braucht, damit keine Parkplätze oberirdisch liegen müssen. Das Grundstück selbst ist aufgrund seiner Lage eine Geldanlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde möchte wissen, ob ein konkreter Bedarf von hiesigen Tagesmüttern geäußert wurde, aus ihrer Wohnung heraus in neue Räume umziehen zu wollen. Außerdem ist die Schaffung von Räumlichkeiten für die Sozialstation bereits im Rahmen des Managementverfahrens für die Kramer-Mühle eingebracht. Sie möchte im nächsten Schritt zunächst die Bebaubarkeit des Grundstückes im Rahmen einer Bauvoranfrage geklärt wissen. Danach sollen die Kirchengemeinde und SMILE zusammengeführt werden. Sie möchte auch geklärt haben, ob im Hinblick auf die angesprochene Tiefgarage dann überhaupt keine oberirdischen Stellplätze entstehen. Sie möchte das Pfarrhaus noch einmal aufgreifen, wenn geklärt ist, ob die Kramer-Mühlenwiese bebaut werden darf, zumal dann die Pfarrwiese vielleicht für Sozialwohnungen gebraucht werden würde.

Pfarrer Manfred Woschek antwortet, dass für ihn die Sozialstation in der Kramer-Mühle bisher kein Thema gewesen ist. Der Pfarrgemeinde ist bei der Bebauung des Pfarrgartens wichtig, dass der soziale Aspekt berücksichtigt wird, auch für das Gebäude sind noch andere Nutzungen denkbar. Der Kirchengemeinde wäre geholfen, wenn die Gemeinde ihr Interesse an beiden signalisiert, auch wenn sie die Nutzungen noch in Ruhe überlegen möchte.

Bürgermeister Dr. Eger ist davon überzeugt, dass dieser umfassende Meinungsaustausch nur in einer öffentlichen Sitzung erfolgen kann, weil die Beteiligten ansonsten auch nicht mit der Bevölkerung diskutieren könnten. Aus seiner Sicht muss die Entscheidung nicht zwingend heute gefällt werden. In Bezug auf die Ideenfindung im Managementverfahren stellt er klar, dass Vorschläge, die dort eingebracht wurden, sich die Verwaltung nicht sofort zu eigen machen muss und dies als Arbeitsauftrag zu verstehen hat.

Hauptamtsleiterin Anette Reich erklärt, dass nicht bestehende Tagesmütter umziehen sollen, sondern neue Plätze dadurch generiert werden, dass Räumlichkeiten vorgehalten werden und damit weitere Tagesmütter angezogen werden. Die Ausbaumöglichkeiten bestehender Kindertageseinrichtungen sind baulich erschöpft, neue Plätze können ansonsten nur durch Neubauten geschaffen werden. In der Vergangenheit konnte die Bedarfsdeckungsquote von 45 % vor dem Hintergrund der Zuzüge nur durch die bisherigen Anbau- und Umbaumaßnahmen gehalten werden.

Gemeinderat Klaus Grün ist dafür, dass die Gemeinde das Gelände erwirbt und entscheiden kann, was und wie gebaut wird. Wichtig ist ihm, dass dort etwas Soziales entsteht, das später noch ausgehandelt werden kann. Wenn sich dann wieder ein Verein gründet, der dagegen ist, muss man damit leben.

Gemeinderätin Marina Krenzke ist dafür, das Grundstück zu kaufen, weil sie das Gesamtkonzept gut findet. Zum Thema Sozialstation bemerkt sie, dass deren Unterbringung in der Kramer-Mühle einer von 33 Vorschlägen im ersten Anlauf des kommunalen Managementverfahrens war. Da diese nicht alle in die Mühle passen, gibt es mit Sicherheit noch einige Vorschläge für das Pfarrhaus.

Gemeinderat Rouven Dittmann wünscht eine Erklärung, inwieweit im Gemeindehaushalt 20 Mio. € frei verfügbar sind.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass in der Realität die 20 Mio. € Fakt sind als freie Rücklage. Der Stand der Liquidität zum 31.12.2015 belief sich auf 97.506.461 €, der Bestand ein Jahr später betrug 92 Mio. €. Die 5 Mio. € Unterschied in den liquiden Mitteln bestanden in der Realität, wohingegen in der Haushaltsplanung möglicherweise 15 Mio. € abgeschmolzen sind. Im zeitlichen Ablauf konnte die Planung jedoch bisher noch nie so umgesetzt werden. Die Projekte in der Finanzplanung sind politische Willenserklärungen, denn in einer Gemeinde mit 14.000 Einwohnern ist man personell gar nicht in der Lage, 15 Mio. € jährlich zu verbauen.

Gemeinderätin Birgit Klemenz hegt Bedenken, ob der Verkehr in der verdichteten Bebauung und bei der vorgeschlagenen Nutzung geordnet werden kann und eine Tiefgarage überhaupt möglich ist. Sie fragt, warum die Kirche das Grundstück an SMILE nicht in Erbpacht vergibt.

Gemeinderat Adolf Geider ist dafür, dass der Bauträger das Grundstück direkt erwirbt, damit nicht zweimal Grunderwerbssteuer anfällt. Das Tauschgrundstück kann er selbst von der Gemeinde abkaufen und der Kirchengemeinde anbieten.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass man durchaus ein Grundstück parzellieren kann.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner hält den Standort für ein zukunftsweisendes Mehrgenerationenprojekt für hervorragend. Fundierte Vorschläge wurden vorgelegt und sollten nicht zerredet werden. Der Gemeinderat sollte städtebauliche Projekte voranbringen und sie nicht wieder einer Bürgerinitiative überlassen, die einen Bürgerentscheid anstrebt. Er wünscht sich einen vernünftigen Beschluss zu einem späteren Zeitpunkt.

Bürgermeister Dr. Eger plädiert ebenfalls für die Vertagung, um mit der Kirchengemeinde zu besprechen, ob das Vorhaben auch in der direkten Konstellation unter geänderten Rahmenbedingungen realisiert werden könnte.

Er stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes zur Abstimmung:

Dieser Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die folgenden beiden Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

- 1. Die Gemeinde erwirbt das Gebäude Leostraße 28 zum Verkehrswert laut Verkehrswertgutachten von 150.000 € sowie das Grundstück Flurstück Nr. 296 mit Freifläche 2.872 qm mit Bodenrichtwert von 240 € / qm zum Preis von 689.280 €. Der Eintragung einer Grunddienstbarkeit wegen möglicher vom angrenzenden Kirchengrundstück ausgehenden Immissionen sowie Nutzungsbeschränkung wird zugestimmt.**
- 2. Die Kirchengemeinde erhält als Tauschgrundstück das Ackergrundstück Flst. Nr. 5838 Gemarkung St. Leon mit 2.804 qm mit Bodenrichtwert 3 € / qm zum Preis von 8.412 €.**

Dieser Vorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen angenommen.

Der Gemeinderat beschließt mit 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 3. Das Pfarrhaus wird zum Zwecke der Umnutzung saniert. Das Nutzungskonzept für das Gebäude sieht die Überlassung an die Kirchliche Sozialstation Walldorf – St. Leon-Rot zur Unterbringung einer weiteren Filiale sowie an Tagespflegepersonen zur Einrichtung einer Großpflegestelle für die Kinderbetreuung vor.**

Der Gemeinderat beschließt mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

- 4. Das Grundstück betreffend erhält die Interessensgemeinschaft SMILE-Pro Wohngenossenschaft die Option, ein herauszumessendes Teilgrundstück in der Größe von ca. 2.000 qm für ihr Wohnprojekt „Gemeinschaftliches generationen-übergreifendes Wohnen“ von der Gemeinde zum Bodenrichtwert von 240 € / qm zu erwerben.**

Bürgermeister Dr. Eger stellt den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 31.01.2017**

Sofern die Mittel für Grundstückserwerb, Nebenkosten und Planungskosten nicht im Haushalt eingestellt sind, werden sie überplanmäßig genehmigt. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Zuschüsse aus dem Landessanierungsprogramm Denkmalpflege und dem Investitionsprogramm Kinderbetreuung zu beantragen, wenn dies der Konzeption entspricht.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	12
Verschiedenes	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 31. Januar 2017 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -	

Ausführungen und Beschluss:

Es lagen keine Wünsche und Anfragen seitens des Gemeinderats vor.